

pragerzeitung/fernschreiber



Rückkehr Goethes

Nach heftigen Protesten aus dem In- und Ausland wird der **polnische** Bildungsminister Roman Giertych (LPR) die Lehrpläne an polnischen Gymnasien korrigieren. Das teilte er am Montag in der Hauptstadt Warschau mit. Die ursprünglichen Richtlinien hatten die Streichung namhafter Schriftsteller vorgesehen. Unter anderem sollte die Lektüre von Werken Goethes, Dostojewskis und Kafkas aus dem Unterricht verbannt werden. Ersetzt werden sollten sie durch Bücher des früheren Papstes Johannes Paul II. oder des polnischen Nationalisten Jan Dobraczynski. (mh/čtk)

Eigentum zurück

Mit ihren Klagen auf Rückgabe von nach dem Krieg enteigneten Eigentums waren deutsche Staatsbürger in **Polen** erfolgreich. In sechs Streitfällen erkannten polnische Gerichte das Eigentumsrecht der Deutschen an. Am Dienstag meldete dies die polnische Tageszeitung „Rzeczpospolita“. 22 polnische Familien müssten laut Urteil ihre Grundstücke verlassen. Die polnischen Gerichte haben noch über etwa 200 Eigentumsforderungen deutscher Vertriebener zu entscheiden. (mh/čtk)

Kein Risiko

Die **slowakische** Regierung will die Sozialausgaben erhöhen sowie die Mehrwertsteuer für bestimmte Waren senken, um die Einführung der Euro-Währung nicht zu gefährden. Dies erklärte der slowakische Premier Róbert Fico am Montag in Bratislava. Der Regierungschef sagte zudem, der Euro werde der Slowakei „mehr Vorteile als Nachteile“ bringen. (mh/čtk)

„Käsekrieg“ beendet

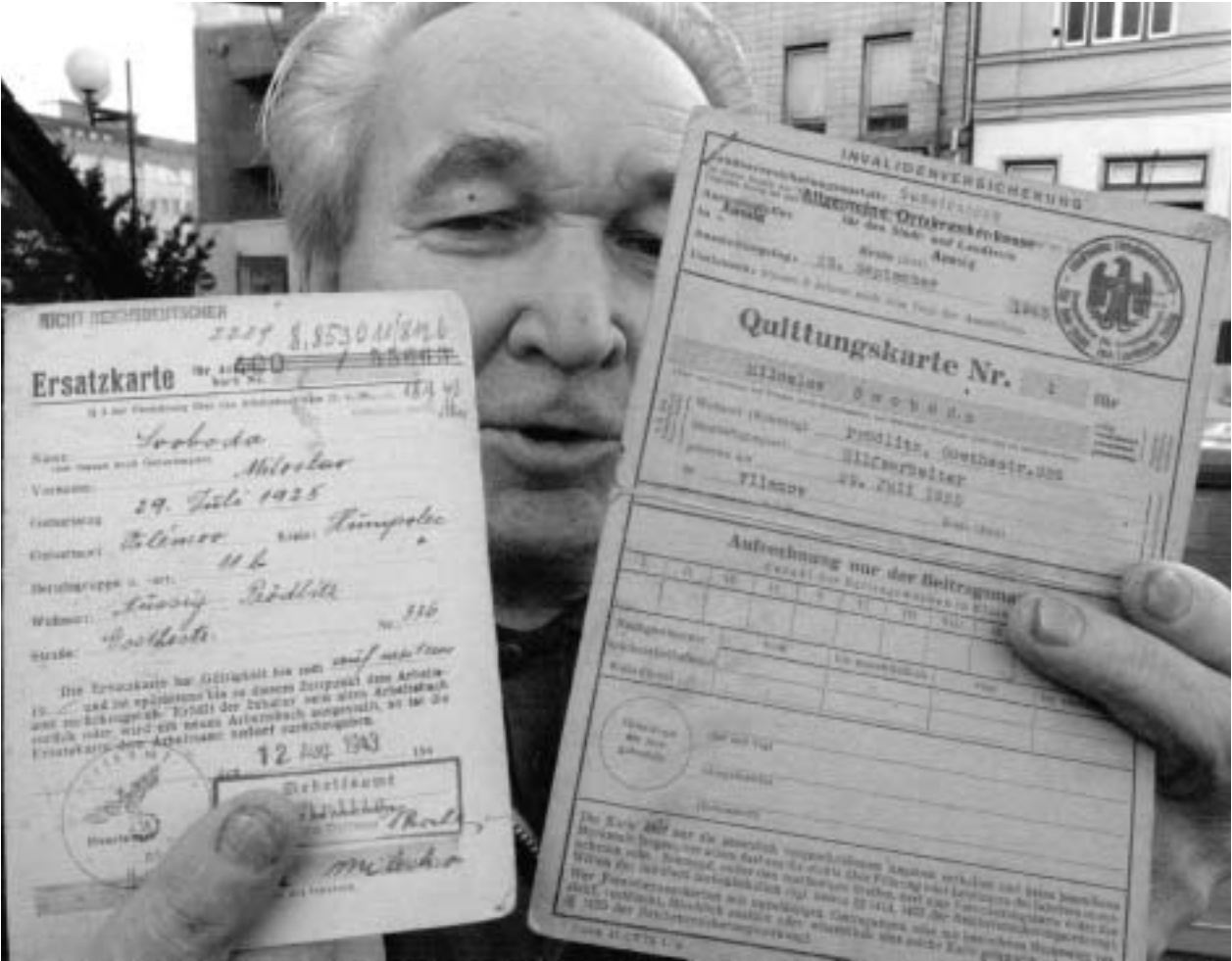
Polen und die **Slowakei** haben ihren Streit um die EU-Registrierung einer Käsesorte beigelegt. Die Landwirtschaftsminister der beiden Länder erklärten am Montag, den Namen der Käsesorte in der jeweiligen Sprache schützen zu lassen. Gegen das Vorhaben Polens, den Schafskäse „Oscypek“ von der EU schützen zu lassen, hatte die Slowakei im Februar Einspruch erhoben. In der Slowakei gäbe es einen ähnlichen Käse mit dem Namen „Ostiepok“, der „Oscypek“ sei daher kein traditionell polnisches Produkt, so die Argumentation der Slowaken. Nach dem Einspruch der Slowakei hatte die EU-Kommission beiden Ländern sechs Monate gewährt, um den Streit auf bilateraler Ebene zu schlichten. Mit der nun getroffenen Entscheidung sei eine Verwechslung ausgeschlossen, sagten die zuständigen Minister beider Länder. (mh/čtk)

Streit um Zwangsarbeiter-Stiftung

Die geplante Neuregelung des Bundesgesetzes sorgt in Tschechien und Polen für Unmut und Enttäuschung

Von Lisa Adams

Feierlich soll bei Bundespräsident Horst Köhler am 12. Juni das Ende der Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter aus Ost- und Mitteleuropa begangen werden. Gemeinsam mit Vertretern von Opferverbänden, die in den vergangenen sechs Jahren die Zahlungen an Überlebende des NS-Regimes verwaltet hatten, will er den erfolgreichen Abschluss des im Juni 2001 begonnenen Projekts feiern. Nur unter erheblichem Druck durch Sammelklagen der Betroffenen zahlten damals Bund und deutsche Wirtschaft je zur Hälfte insgesamt 5,1 Milliarden Euro in den Fonds „Erinnerung und Zukunft“. Offiziellen Angaben zufolge sind 4,37 Milliarden Euro an weltweit 1,66 Millionen Anspruchsberechtigte gezahlt worden. Der Hauptteil der Stiftungsarbeit ist abgeschlossen, der Fonds bleibt aber bestehen, ihm stehen noch 358 Millionen Euro für weitere Projekte zur Verfügung. Trotz gemeinsamer Feier in Berlin trägt der Anschein, dass zur weiteren Arbeit der Stiftung Einigkeit herrscht. Denn die große Koalition hat still und leise ein Gesetz entworfen, das die Verwaltung der Stiftung umstrukturieren soll, und damit erheblichen Unmut auf sich gezogen. Das internationale Kuratorium der Bundesstiftung protestiert – in Prag wird sogar von „feindlicher Übernahme“ gesprochen. Bisher hatte man großen Wert darauf gelegt, dass jene Länder, denen das Recht auf Wiedergutmachungszahlungen zugesprochen wurde, auch an der Verwaltungsarbeit beteiligt wurden. 25 ehrenamtlich arbeitende Vertreter, unter anderem aus Tschechien, Polen, Russland, Weißrussland, Israel, der Ukraine und den USA, kümmerten sich gemeinsam um die Anträge der Überlebenden und die Zahlungen. In Anerkennung des angetanen Unrechts wurden allein in Tschechien 76 000 Menschen entschädigt, die die Nationalsozialisten euphemistisch „Fremdarbeiter“ nannten. Nun soll die Stiftung für künftige Projekte einen neuen Vorstand erhalten: Die Änderung sieht vor, die Zahl der Kuratoriumsmitglieder auf 19 zu reduzieren und ein Gremium zu schaffen,



Aus Mitteln der Bundesstiftung „Erinnerung und Zukunft“ wurden 76 000 Betroffene aus Tschechien entschädigt.

das die Aufgaben der bisherigen Vertreter übernimmt. Fraglich ist dabei, warum der Stiftungsrat ausschließlich aus Mitgliedern der deutschen Wirtschaft, des Bundestages und der deutschen Regierung bestehen soll. Alternativen zu der Umstrukturierung, über die in Kürze entschieden werden soll, gibt es laut Gesetzentwurf nicht. Jiří Šitler, Tschechiens Vertreter im Kuratorium im Auftrag des Außenministeriums, vermutet hinter der vorgesehenen Vorstandsgründung, von der die Partner bis heute nicht offiziell informiert wurden, Interessen der deutschen Wirtschaft. Schon vor Jahren habe der Daimler-Chrysler-Finanzchef Manfred Genz eine derartige Umstrukturierung gefordert. „Es wird so sein, dass das internationale Kuratorium keinen Einfluss mehr auf die Stiftung hat. Es ist dann ausschließlich eine deutsche Angelegenheit“, betont Šitler. Um dies zu verhin-

dern, kamen Stiftungsmitglieder aus den von den Zahlungen betroffenen Ländern vor kurzem in Warschau zusammen und adressierten an ihren Vorsitzenden Dieter Kastrup die eindringliche Bitte, die Kompetenzen des internationalen Kuratoriums in keiner Weise zu beschneiden. Auf Reaktionen wartet man in Prag bislang vergebens. „Wir sind Vertreter aus Osteuropa, mit denen man machen kann, was man will“, empört sich Šitler. „Wenn man sich mit jemandem versöhnen will, sollte man den Partner dabei haben wollen.“ Auch der Warschauer Vertreter, Mariusz Muszynski, hält die Vorgänge für „Besorgnis erregend“ und fürchtet um den „Geist der Versöhnung“, der zu schwinden droht. Von deutscher Seite versucht man, die Angelegenheit herunter zu spielen. Der SPD-Abgeordnete Dieter Wiefelspütz, der für den Bundestag im Kuratorium sitzt und die Neuverteilung der

Machtstruktur befürwortet, beruft sich in der deutschen Presse auf jene Problematik, die im schwarz-roten Gesetzentwurf genannt wird: die veränderten Aufgaben der Stiftung. Um Entscheidungsprozesse zu vereinfachen, sei eine „veränderte Organisationsstruktur“ vonnöten. Warum ein weiteres Gremium die Verwaltung vereinfachen soll, bleibt aber unklar. Sollte ein deutscher Vorsitz in Zukunft die Stiftung leiten, könnte man künftige Projekte leicht als großzügige Geste der deutschen Wirtschaft verkaufen, die nur nach massiver Zusprache durch die Politik in den Fonds einzahlte und die „gespendeten“ Gelder auch noch versteuerte. Bis über den Gesetzentwurf entschieden ist, hoffen die Partnerorganisationen auf Einsicht. „Wir sind gerne zu Gesprächen über die Vereinfachung von Prozessen bereit“, betont man in Prag.

Mit dem Euro das Trauma überwinden

In Prag diskutierten tschechische und deutsche Grünenpolitiker über die Zukunft Europas

Von Marcus Hundt

Daniel Cohn-Bendit blickt optimistisch in die Zukunft: „In 50 Jahren wird Europa eine gesellschaftspolitische Einheit bilden.“ Diese Zielsetzung verfolgt nicht nur der Co-Vorsitzende der Grünen-Fraktion im Europäischen Parlament. Auch die tschechischen Grünen-Abgeordneten Ondřej Liška und Kateřina Jacques sowie die ehemalige EU-Kommissarin Michaela Schreyer, die gemeinsam mit Cohn-Bendit an einer Podiumsdiskussion im Prager Goethe-Institut am vergangenen Mittwoch teil-

nahmen, teilen seine proeuropäische Sichtweise. Im Gegensatz zur tschechischen Regierungspartei der Bürgerdemokraten (ODS), die wie Staatspräsident Václav Klaus kritisch gegenüber Europa und dem EU-Verfassungsvertrag eingestellt ist. Ondřej Liška, stellvertretender Vorsitzender der Grünenpartei für internationale Politik, macht die Diskrepanz innerhalb der tschechischen Regierungskoalition deutlich: „Die ODS hat leider immer noch nicht das Trauma der nationalen Erweckung überwunden.“ Unverständlich auf die Blockadehal-

tung Tschechiens reagiert auch Cohn-Bendit und appelliert, dass es „keine bessere Zukunft ohne Europa“ für die Tschechen geben kann. Heftig diskutiert wurde über die geplante Errichtung eines US-Raketenabwehrsystems in Tschechien und Polen. Während Cohn-Bendit das von der tschechischen Regierung positiv bewertete US-Vorhaben komplett ablehnt und es für ihn „im europäischen Interesse die falsche Lösung“ darstellt, ist Liška anderer Auffassung. Die Radarfrage in Tschechien kann seiner Meinung nach ein Impuls sein, die Si-

cherheitsziele der EU neu zu definieren. In der unkritischen Einstellung der Regierung Topolánek zum Projekt der Bush-Administrative sieht der Vorsitzende des Ausschusses für Europäische Angelegenheiten aber auch ein Indiz dafür, dass sie keinen Enthusiasmus für Europa besitzt. Vielleicht würde die Einführung des Euro Bedenken zerstreuen, meint Cohn-Bendit. Eine gemeinsame Währung vertiefe die Einigung und lasse zudem keine Hegemonialstellung eines Staates zu. Seiner Zukunftsvision dürfte dies förderlich sein.

UNTERNEHMEN

Audi	10	Falkensteiner Grand Spa	
Brauerei Černá Hora	16	Hotel Marienbad	1
BBV	11	GO! Express & Logistics	
B2B	16		9
CAC Leasing	9	Hotel Ametyst	1,13
Casino President	7	Hotel Mövenpick	1
Česká pošta	9	Hotel	
Česmad Bohemia	10	Schloss Rosenau	17
ČEZ	7	Kafka Museum	1
Deutsche Telekom	10	Kapsch TrafficCom	10
Dorint Hotel		Kurbad	
Don Giovanni	13	Turčianske Teplice	18
Eurobilla	7	Laterna Magika	22

Mucha Museum	1	Staatsoper Prag	21
My Hotel	13	Stadt Brünn	14
Nationaltheater Prag	22	Stadt Český Krumlov	15
O.K. Trans	10	Südböhmischer Kreis	18
Pegas	9	Südmährischer Kreis	14
Pension Alberta	15	Škoda Auto	7,9
President Hotels	16	ŠkoFIN	10
Rewe Austria	7	T-Mobile	7
Sazka	9	Telefónica	7
Seat	10	Vodafone	7
Siemens	10	Volkswagen	10
Solníčka	20		
Spedition Feico	10		

Staatsober Prag	21	Brod, Max	6
Stadt Brünn	14	Bush, George	1,4
Stadt Český Krumlov	15	Bush, Laura	1
Südböhmischer Kreis	18	Dobraczynski, Jan	2
Südmährischer Kreis	14	Feix, Karel	10
Škoda Auto	7,9	Fico, Róbert	2
ŠkoFIN	10	Filip, Ota	2
T-Mobile	7	Genz, Manfred	6
Telefónica	7	Handke, Peter	6
Vodafone	7	Havel, Václav	1
Volkswagen	10	Heydrich, Reinhard	3
		Hodač, Jiří	7
		Johannes Paul II.	2

Kafka, Franz	2	Schwarzenberg, Karel	4
Kästner, Erich	6	Skácel, Jan	6
Kasanow, Boris	6	Šitler, Jiří	2
Klaus, Václav	1	Topolánek, Mirek	1,4,11
Klausová, Livia	1		
Köhler, Horst	2		
Koppel, Werner	13		
Maranow, Maja	3		
Martens, Florian	3		
Okamura, Tomio	1		
Paroubek, Jiří	1		
Putin, Wladimir	1		
Rebiček, Aleš	10		

LEUTE

Brod, Max	6	Kafka, Franz	2	Schwarzenberg, Karel	4
Bush, George	1,4	Kästner, Erich	6	Skácel, Jan	6
Bush, Laura	1	Kasanow, Boris	6	Šitler, Jiří	2
Dobraczynski, Jan	2	Klaus, Václav	1	Topolánek, Mirek	1,4,11
Feix, Karel	10	Klausová, Livia	1		
Fico, Róbert	2	Köhler, Horst	2		
Filip, Ota	2	Koppel, Werner	13		
Genz, Manfred	6	Maranow, Maja	3		
Handke, Peter	6	Martens, Florian	3		
Havel, Václav	1	Okamura, Tomio	1		
Heydrich, Reinhard	3	Paroubek, Jiří	1		
Hodač, Jiří	7	Putin, Wladimir	1		
Johannes Paul II.	2	Rebiček, Aleš	10		